

Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Kölner

Juli 1985 26

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klügel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Verlag: Kölner Stadtforum e.V.

Herausgeber
SSK e.V. Liebigstr.25, 5 Köln30
Druck: Betrieb
Merkenicher Str.99, 5 Köln60

Verantwortlich:
K.Kaেকে,
K.Breidenbach

Die neue Zwangsarbeit

Letztes Jahr verkündete die Stadt Köln die ABSCHAFFUNG der ZWANGSARBEIT für SOZIALHILFEEMPFÄNGER, die für 1,50 Mark pro Stunde abgeleistet werden mußte, die auf ein Jahr befristet sind, aber entsprechend dem üblichen Lohn bei der Stadt Köln bezahlt werden. Und auch diese Stellen sind ZWANGSARBEIT, denn wer sie nicht annimmt, kriegt eine Sperre beim Sozialamt !!!

Die Schikanierung geht weiter ...

Die Wahrheit über dieses neue Zwangsarbeitsprogramm sieht so aus:

— Viele derjenigen, die beim Grünflächenamt arbeiten, haben Verträge unter einem Jahr bekommen; erst vor kurzem einer einen 5-Monats-Vertrag. Das bedeutet: Nach der Zwangsarbeit gibts kein Arbeitslosengeld, die Stadt braucht das 13. Monatsgehalt nicht zu zahlen.

Diese Verträge wurden den Leuten mit massiven Drohungen aufgezwungen. Herr PIETZSCH vom Sozialamt drohte jedem eine 8-wöchige Sperre beim Arbeits- und Sozialamt an der nicht unterschreiben wollte: „Wer nicht unterschreibt, kann gleich wieder gehen“!

— Der LOHN und die LOHNABRECHNUNGEN stimmen vorne und hinten nicht: die üblichen Zuschläge für Garten- und Forstarbeiten werden den Sozialhilfeempfängern nicht ausgezahlt, das Kindergeld fehlt bei einigen, es werden völlig willkürliche Abzüge gemacht.

Die Vorarbeiter vergessen schon mal, einen Tag aufzuschreiben, was direkt Lohnabzu bedeutet. Obwohl sie nach Tarif bezahlt werden sollen, erhalten sie kein oder ein lächerlich geringes URLAUBSGELD

— AUF DER ARBEIT wird willkürlich und skrupellos mit ihnen umgegangen: sie müssen gefährliche Arbeiten, wie Arbeit an Bäumen mit Motorsägen verrichten ohne Helm, ohne Anleitung, unter Mißachtung aller Arbeitsschutzvorschriften! Leute wurden von einem auf den anderen Tag grundlos entlassen. Wer anfängt, sich gegen diese ganzen Schikanen zu wehren, wer protestiert, wird versetzt oder abgemahnt und unter Druck gesetzt, von selbst aufzuhören! Einer der zuständigen Vorgesetzten erklärte bereits, die Stadt Köln wolle dieses Programm „ein schlafen“ lassen und wäre froh über jeden, der geht! Offiziell werden die Arbeiter aber damit geködert, sie könnten ja vielleicht übernommen werden.

Initiative WEG MIT DER ZWANGSARBEIT, jeden Donnerstag, 17 Uhr im KALZ, Philipstraße 23, (Ehrenfeld) Tel 51 81 11

Wie die Stadt Köln das einfache Volk dazu treibt, Häuser zu besetzen

Daß die Kölner Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der „SPD“ die Häuser Zugasse 43-45 im Sanierungsgebiet Severinsviertel nach ihrer Instandsetzung illegal am 21. Mai räumen ließ, ist inzwischen stadtbekannt.

Was aber alle verschweigen, so auch der EXPRESS in seinem letzten ‚Hetzartikel‘ vom 1. Juli (Besetzer die Könige..), daß diese ‚rechtswidrige‘ Räumung (so das Verw.Gericht Köln) auch gegen die armen Leute im Severinsviertel gerichtet ist.

Denn die Bewohner haben nicht nur besetzt, um sich selbst Wohnraum zu verschaffen, sondern auch um gegen Wohnraumvernichtung und Vertreibung der Armen aus dem Veedel zu kämpfen.

Sie sind arme Leute gewesen, die die teuren Mieten nicht mehr bezahlen konnten und haben eine Möglichkeit entwickelt, mit der auch einfache Leute selbst bestimmen können, wie und was in ihren Wohnungen modernisiert werden soll. Und zwar zu Preisen, die jeder bezahlen kann.

Wenn dies auch Ziel der Stadtverwaltung und Parteien gewesen wäre, hätten sie dieses Modell unterstützt!

Sie hätten gemeinsam mit den Severinsbewohnern:

— den Standard der einzelnen Wohnungen festlegen müssen
— gemeinsam überlegen müssen, wie weit Fachfirmen die Arbeiten durchführen sollen, oder ob nicht die Bewohner in Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe die notwendigen „Sanierungsmaßnahmen“ durchführen können.

— Allerdings hätten sie dann den Severinsbewohnern die Spekulanten und Geschäftemacher vom Hals halten müssen.

— Sie hätten Millionen für die ganze Sanierung einsparen können; Steuergelder, für die jeder von uns hat hart arbeiten müssen.

Daran aber hat die Stadtverwaltung-SPD/CDU-LEG keinerlei Interesse!!!! Stattdessen aber machen sie wieder einmal wie schon so oft, alles mit offener krimineller Gewalt zu nichte.



Niederhauser, der ‚Lügenbaron‘ der LEG ist verantwortlich für die Hetzkampagne in der Presse. SPD-Genosse Pankoke soll die Scheinverhandlungen führen und ist federzeichnend für die rechtswidrige Räumung.

DENN SIE HABEN WEITER VOR:

„Langsam und schleichend, mit ‚Sozialplan‘ (in dem sie zugeben, daß sie die wirklichen Probleme nicht lösen können) berechnend und hinterlistig, Haus um Haus im Veedel schick und teuer zu machen. Um schließlich den qualitativen Bevölkerungsaustausch herbeizuführen, Arme raus in Gethos wie Chorweiler und Reiche in Citynähe“. Dies kündigte ‚SPD-Genosse Herterich schon vor Jahren an.

SCHEINVERHANDLUNGEN

Der oben schon erwähnte „EXPRESS-Artikel“ ist der Anfang einer Presse-kampagne, mit der die pikfeinen Damen und Herren von Stadtverwaltung, Landesentwicklungsgesellschaft und Parteien einen Keil zwischen uns und den Bürgern im „Vringsveedel“ treiben wollen.

Unter anderem behauptet diese ‚Zeitung‘, wir, bzw. die Bewohner der Zugasse hätten die 3 Familien aus der Zugasse vertrieben.. Auf diese Weise versucht „Lügen-Entwicklungs-Gesellschaft“ (kurz LEG genannt) durch ihren ‚Lügenbaron‘ Niederhauser ihre ‚miese Scheißpolitik‘ zu vertuschen und dem ‚SSK‘ in die Schuhe zu schieben.

Hintergrund dieser „miesen Stänkereien“ sind die ‚Verhandlungen‘ um unser Wohn- und Sanierungskonzept im Severinsviertel, deren scheitern schon hinter verschlossenen Türen beschlossene Sache ist. Schon am 28. Mai hatte der ‚SPD Hoch- und Wohnungsbauausschußsprecher‘ Schwachkopf intern mitgeteilt:

„Daß die Verhandlungen auf Druck des Landesministeriums und der Öffentlichkeit zwar dem Schein nach geführt werden müssen: „Aber auf keinen Fall zu einem Ergebnis zu Gunsten der Bewohner und des SSK führen dürfen“.

Somit also auch nicht zu Gunsten der Sanierungsbetroffenen, weil ja somit der SSK und andere zeigen könnten, daß ihre ganze ‚Saniererei‘ nur Augenschwermerei für das Volk ist!!

Uns ‚DRECK‘, das einfache Volk wollen diese feinen ‚HERREN‘ Stadtverplaner nicht im Veedel haben.

Wen wundert, wenn man so in die nächste Besetzung getrieben wird!

Auch wenn LEG und Stadt alle leerstehenden Häuser und Wohnungen unter Polizeischutz stellen läßt, wir sind bald wieder im Veedel.

Wer mit der LEG oder anderen Hauseigentümern Schwierigkeiten hat, sei es Kündigungen, zu hohe Mieten etc. oder Probleme mit Sozial-, Arbeits- oder Wohnungsamt, kann jeden Montag um 20.30 zu unserer kostenlosen RECHTSBERATUNG kommen, am Salierring37, Nähe Barbarossaplatz!

Wer den SSK unterstützen möchte in seiner Arbeit, kann dies jederzeit tun. Sei es aktiv, finanziell oder einfach durch Vermittlung eines Auftrages.



SSK-Salierring 37
Tel. 21 31 75 von 10 bis 24 Uhr
von 10 bis 24 Uhr

Mietwucher in Schlafstellen

.. denn in keiner anderen Schlafstelle ist es anders als im Bunker.

Nach fünfjähriger verzögernder Ermittlung der Kölner Staatsanwaltschaft kam es endlich zum Prozeß.

Angeklagt war Schlafstellenbetreiber Peter Hirsch wegen Mietwucher im ehemaligen Weltkriegsbunker in Nippes, Werkstattstraße 9. Das Amtsgericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe von 25.000,- DM, ein Bruchteil der zuviel kassierten Miete.

Das Gericht mußte folgendes feststellen:

1. Die Miete der 6qm großen fensterlosen Zellen war bis zu 250% überhöht.
2. Die miserablen Luftverhältnisse im Bunker bargen die Gefahr von Infekten und stellten eine Gesundheitsgefahr dar.
3. DIE ZUSTÄNDE IM BUNKER WAREN MENSCHENUNWÜRDIG!
4. Es handelte sich um Wohnraum, da einige Bewohner über Jahre ihren einzigen Wohnsitz hatten. Es war kein „Hotel“ o.ä., da die sogenannten „Dienstleistungen“ gleich null waren. Entscheidend ist die tatsächliche Nutzung als Wohnraum.
5. Der normale Wohnungsmarkt war den Bewohnern des Bunkers verschlossen, diese SCHWÄCHE HAT DER ANGEKLAGTE INTENSIV UND RÜCKSICHTSLOS AUSGENUTZT!

Dem Gericht war aber auch das Verhalten der Stadt unverständlich —weil sie den Bunker zu Wohnzwecken genehmigt hatte —die menschenunwürdigen Verhältnisse jahrelang geduldet hat!

Aber wir wissen, warum die Stadt ein Interesse daran hat, die menschenunwürdigen Verhältnisse in den ganzen Kölner Schlafstellen zu dulden: So sagte schon ehemaliger Sozialdezernent Körner ganz offen: „Obdachlose sind der Bodensatz unserer Gesellschaft“. Schlafstellen wie der Bunker sollen als Abschreckungsmaßnahme dienen. Um dieses Ziel zu erreichen, schrecken die Herren Stadtväter nicht davor zurück, die Zustände im ehemaligen Bunker, wo es auch zu TBC-Erkrankungen und Todesfällen kam, zu decken und zu verschleiern.

Seit 1976 weisen wir die Stadt und die Öffentlichkeit auf die Mißstände im Bunker und andere Schlafstellen hin. Wir, der SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln) hat 1980 Anzeige gegen die Verantwortlichen der Stadt Köln wegen Körperverletzung, fahrlässiger Tötung, Nötigung und unterlassener Hilfeleistung erstattet. Nach anfänglicher intensiver Ermittlung der Staatsanwaltschaft ist

kräftig geschoben und geklüngelt worden, nach fünf Jahren Ermittlungen gegen diese schweren Vorwürfe ist nichts mehr übriggeblieben.

Die Stadt soll wieder einmal ungeschoren davonkommen. Das Verfahren wegen Mietwucher zeigt aber, das städtische Bedienstete seit Jahren von den Verbrechen an den Ärmsten und Schutzlosesten unserer Gesellschaft gewußt haben.

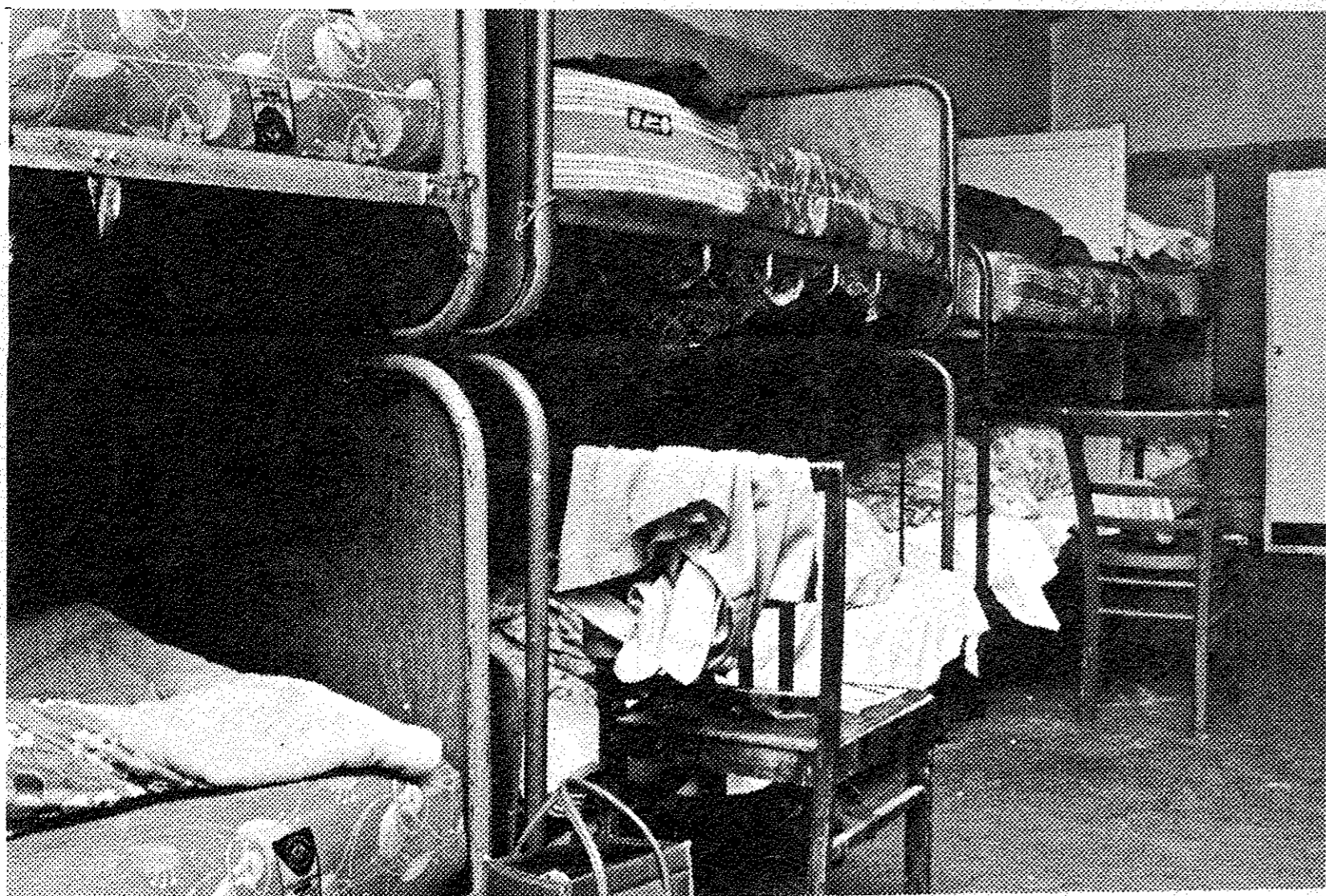
So hatte Herr Güttler vom Wohnungsamt und Herr Goebel von der Nichtseßhaftenhilfe ein erstaunliches Interesse daran, Schlafstellen wie den Bunker nicht als Wohnraum gelten zu lassen. Aus gutem Grund: Denn jetzt ist eigentlich klar, daß alle Schlafstellenbetreiber Mietwucherpreise verlangen.

Der Obdachlosenpolitik der Stadt Köln, Menschen in Dreckslöcher mit Horrormieten zu stecken, sollte jetzt ein Ende gesetzt werden. Jetzt mußte jeder Schlafstellenbetreiber in Köln, so wie Peter Hirsch wegen Mietwucher verknackt werden. So bezahlt man für ein Bett (pro Zimmer 2-4 Menschen) in der Schlafstelle Venloerst. 497 im Monat 364,- DM! Das Doppelte was Peter Hirsch 1980 für seine Einzelzellen im Bunker verlangt hat.

Wir fordern

- Schließung aller Schlafstellen in Köln
- Verurteilung aller Betreiber wegen Mietwucher
- daß die Staatsanwaltschaft die Verfahren gegen alle Verantwortlichen der Stadt Köln wegen fahrlässiger Tötung, Nötigung, Körperverletzung und unterlassener Hilfeleistung wieder aufnimmt
- Schadensersatz und Mietrückzahlung an die Schlafstellenbewohner
- Entlassung aller städtischen Bediensteten, die sich an den menschenunwürdigen Verhältnissen im Bunker schuldig gemacht haben.

Wir bieten allen Betroffenen an, kostenlos zu unserer Rechtsberatung zu kommen: Jeden Montag ab 20.30 Uhr beim SSK-Salierring 37.



In Langenfeld haben wir seit dem 30.5.1985

Hausverbot

(gez. Dr. Leipert)

für den Fall, daß wir Flugblätter verteilen. Denn wir haben in Flugblättern veröffentlicht:

„Folter im LKH Langenfeld“
„Polizeieinsatz auf Birker's Station“
„Wir fordern, daß Birker gefeuert wird“

und wir haben Dr. Birker außerdem als den „Würger von Langenfeld“ bezeichnet, weil er einem SSK-Mitglied in seinem Jähzorn über unsere vermeintlichen Schmähungen an die Kehle sprang und ihn ca. 30. Sekunden würgte.

Bis dahin hatte der „angeblich“ fortschrittliche Klinikdirektor Dr. Leipert dem SSK gegenüber immer wieder betont, daß unsere Arbeit einen großen Wert für die Patienten und Klinik darstelle.

In der Rheinischen Post war aber nun am 18.5.85 zu lesen: „Daß es dem SSK darum geht, einen Psychiatrie-Chef fertig zu machen. Dieser Verdacht sei für Dr. Leipert nicht völlig von der Hand zu weisen.“

Offensichtlich hat seitdem die Langenfelder Ärzteschaft, die zunächst mit Birker's Machenschaften nichts zu tun hatte, keine Skrupel mehr, das Hausverbot durchzusetzen. Das aber ist

Scheinheilig!

Warum? : Denn selbst die Ärzte in Langenfeld, die in Einzelfällen immer wieder auf Entlassung der Patienten hinarbeiten, mögen wissen, daß sie in einem System arbeiten, das im Grunde nur zu sehr dazu geeignet ist, ständig Gewalt gegen die Unterbrachten Patienten hervorzubringen. Wer in der Psychiatrie ist, für den ist zwar draußen kein Platz mehr. Die Psychiatrie ist ein Aussonderungsapparat, in dem sich die Menschen wiederfinden, die in dieser Gesellschaft zugrunde gehen, nicht mehr gebraucht werden und die mit den ständig sich verschlimmernden Verhältnissen immer mehr werden. Und dafür hat auch ein Psychiater keine Lösung „gelernt“. Auch wer gutwillig ist, muß zugeben, daß - einmal in der Psychiatrie - sich für den Patienten Abhängigkeit und Bedingungen entwickeln, die für den „untergebracht-

ten Menschen“ nicht mehr verständlich und schon lange nicht mehr nützlich sind. Ein ganz genaues Beispiel ist die

Station 21 ist eine sogenannte Langzeitstation. Dort müssen auf engem Raum Menschen leben, für die keiner mehr eine „Alternative“ hat und die zum Teil seit 15 Jahren und mehr immer wieder Psychiater „behandelt“ haben. Viele Jahre lang bestand ihr „Alltag“ aus gährender Langeweile, Freiheitsentzug, Bevormundung und chemischen Giften, - Psychopharmaka - häufig auch aus Fixieren ans Bett = „Fesseln ans Bett“ und Abspritzen = Zwangsmedikamentierung mit überhöhten Dosen an Psychopharmaka zwecks „Ruhigstellen“.

Diese Patienten müssen heute und immer auch wenn keiner mehr an ihre Heilung glaubt, in diesem „Krankenhaus“ bleiben. Ihre „Behandlung“ hat ihrer hoffnungslosen Lage ein übriges hinzugefügt. Fast alle leiden unter den schweren und größtenteils unheilbaren Folgeerscheinungen - „Nebenwirkungen“ - der Psychopharmaka, mußten Schaden an ihrer Seele und Gesundheit hinnehmen. Und obwohl ihr Verbleib in Langenfeld ihnen nichts besseres mehr bringen kann, wollen dennoch einige dort bleiben, weil ihnen über viele Jahre hinweg das „Leben“ entzogen wurde und sie

in dieser Zeit verlernen mußten, was „draußen“ verlangt wird, so daß sie heute nur noch Angst haben.

So also ist das. Nun eigentlich müßte man ja - gerade weil diese Menschen im doppelten Sinne Opfer der psychiatrischen Versorgung dieser Gesellschaft geworden sind - zumindest von den Ärzten und der Betriebsleitung erwarten können, daß ihnen ein möglichst menschlicher Alltag geschaffen wird. Es stünde ihnen ja frei, den Patienten ihr Anstaltszimmer im größt möglichen Rahmen Privatsphäre sein zu lassen, sie als Menschen ernst zu nehmen, ihnen freien Ausgang zu geben und die Medikamente - soweit nicht unerträgliche Entzugerscheinungen die Folge wären - abzusetzen, denn obwohl es der nackte Zynismus ist - man hat sie kaputt genug gemacht, als daß sie dieser Gesellschaft und sich selber noch „ernste“ Schäden zufügen könnten;

ABER DAS GEGENTEIL

ist der Fall

Diese Station wurde von der fortschrittlichen Betriebsleitung einem Mann „anvertraut“, der sich dort nur 2 x die Woche zur kurzen Visite sehen läßt, aber alles streng im Griff hat und „disziplinarisch“ durchzugreifen versteht.

1981 setzte er einen Langzeitpatienten, Köster, aus „disziplinarischen Gründen“ völlig unvorbereitet von einer Stunde auf die andere, kurz vor dem Wochenende vor die Tür. Der völlig hilf- und mittellose Patient, der behindert war und 25 Jahre im LKH lebte, erhielt Medikamente für 3 Tage. Das Ergebnis dieser plötzlichen „Zwangsheilung“ war, daß sich der verzweifelte Patient wenige Tage später in Köln vor eine Straßbahn warf, um so seinem Leiden ein endgültiges Ende zu setzen.

Seine jetzigen Heilmethoden bestehen darin, einen großen Teil der Patienten auf Station 21 einfach vor sich hinvegetieren zu lassen und einige mit unverantwortlichen Überdosen Neuroleptika vollzuknallen. Dies versteht er noch als menschlich, weil aus seinem Verständnis heraus diese Patienten Menschen sind, die sich sozusagen nur unter dem Einfluß schwerster chemischer Drogen ertragen lassen.

Ein Beispiel ist der Patient Gerd H., der sich vor mehr als 15 Jahren in die Psychiatrie begab, weil er in alkoholisiertem Zustand einen Unfall verursacht hatte und Hilfe wollte.

Heute verpaßt man ihm:

3 x 6 mg Glianimon
4 ml Imap die Woche
3 x 100 ml Neurocil
2 x täglich Akiniton

Gerd H. sagt dazu: „In all den Jahren wurde nur so an mir herumgefittet, heute bin ich eine zerstörte Persönlichkeit. Vor der Behandlung war ich kerngesund, heute bin ich geistestod.“

Die ihm verpaßten Dosen würden bei Ersteinnahme dazu führen, daß sich jeder eine Woche lang in Krämpfen auf dem Boden winden, ja verrecken würde.

Der Arzt, der Gerd Heinen täglich seine Gifte verabreicht und alles auf der Station 21 zu verantworten hat, redet so über seine Patienten:

- Sie können nicht von hier bis zur Wand denken
- Entmündigte braucht man sowieso nicht ernst zu nehmen
- das sind Irre und Verrückte

Dieser Arzt heißt:

Dr. Birker

SSK-Beschwerdezentrum
5 Köln 30, Liebigstraße 25
Telefon 55 61 89